

VOLKS
BLATT | SPLITTER**Terrorverdächtige sollen
AKW im Visier gehabt haben**

SYDNEY/BRISBANE – Nach der Razzia gegen Terrorverdächtige in Australien in der vergangenen Woche besteht der Verdacht, dass sie den Atomforschungsreaktor in Sydney im Visier hatten. Wie die Polizei am Montag mitteilte, sollen 3 der 18 Festgenommenen bereits im Dezember 2004 bei verdächtigen Aktivitäten im Umfeld des Reaktors von Lucas Heights in einem Vorort von Sydney beobachtet worden sein. (sda/afp)

**Klares Bekenntnis zur
Trennung von Kirche und Staat**

ROM – Papst Benedikt XVI. hat sich klar zur Trennung von Staat und Kirche bekannt. Die römisch-katholische Kirche beanspruche in keinem Land und in keiner internationalen Organisation eine Form von privilegierter Behandlung, betonte Benedikt XVI. in einer Botschaft an den italienischen Parlamentspräsidenten Casini. Die katholische Kirche möchte nur die Möglichkeit haben, ihre Sendung und ihren eigenen Auftrag in angemessener Weise zu erfüllen. Anlass für die am Montag veröffentlichte Papstbotschaft war die Enthüllung einer Tafel im römischen Abgeordnetenhaus, die an den dritten Jahrestag des Besuchs von Papst Johannes Paul II. im Parlament erinnern soll. Der jetzige Papst unterstreicht in seinem Schreiben die Würde des Menschen – und zwar als Individuum, aber auch die «soziale Würde», der zu dienen Aufgabe der Politiker sei. Der Respekt vor der legitimen Laizität des Staates stehe «richtig verstanden» keineswegs im Gegensatz zur christlichen Botschaft, sondern sei ihr eher geschuldet. (apd)

Schmidt erzieht katholisch
HAMBURG – Ungeachtet seiner bissigen Witze über den Papst erzieht TV-Entertainer Harald Schmidt seine Kinder katholisch. «Ich würde nicht sagen, ihr müsst ministrieren. Aber sie kriegen ein katholisches Wertesystem vermittelt», sagte der 48-Jährige in der Talkshow «Beckmann», die am Montagabend ausgestrahlt werden sollte. Später könnten sie immer noch über ihre Religion entscheiden. Schmidt geht nach eigener Aussage regelmässig in die Kirche. «Als Hilfsorganist steckst du in mir drin.» In Krisenzeiten sei das christliche Wertesystem sehr aktuell. (AP)

**Zustimmung der Parteien****Deutschland: Grosse Koalition unter Dach und Fach – Wirtschaft unzufrieden**

BERLIN/KARLSRUHE – Die grosse Koalition in Deutschland ist unter Dach: Die Parteitage von CDU, CSU und SPD haben die Regierungsvereinbarung am Montag gebilligt.

Union und SPD können damit an diesem Freitag ihren Koalitionsvertrag unterschreiben. Vier Tage später soll CDU-Chefin Angela Merkel im Bundestag zur Kanzlerin gewählt werden. Bei den Parteitag gab es überwältigende Mehrheiten für das Ergebnis der vierwöchigen Koalitionsverhandlungen. Trotz kontroverser Debatten fiel der Beschluss bei der CSU in München sogar einstimmig, bei CDU und SPD in Berlin und Karlsruhe wurden nur wenige Gegenstimmen und Enthaltungen gezählt.

Angela Merkel, der künftige SPD-Vizekanzler Franz Müntefering und CSU-Chef Edmund Stoiber warben vor ihren Parteifreunden eindringlich für das Vertragswerk. Alle drei beanspruchten für sich, dass trotz Zugeständnissen an die andere Seite wesentliche Ziele der eigenen Partei verwirklicht worden seien.

Politik als Kunst des Möglichen

Merkel sagte auf dem kleinen Parteitag der CDU in Berlin, die grosse Koalition sei die «einzige vertretbare Perspektive» angesichts des Ergebnisses der Bundestags-



Auch am SPD-Parteitag in Karlsruhe wurde die Koalitionsvereinbarung mit grosser Mehrheit gebilligt.

wahl im September. Politik sei immer auch die Kunst des Möglichen. Müntefering verteidigte vor den Genossen die geplanten Einschnitte. Der Staat lebe schon heute von der Substanz, betonte er.

Der scheidende Kanzler Gerhard Schröder sagte in einer kämpferischen Abschiedsrede, eine grosse Koalition könne «Dinge anpacken, entscheiden, handeln». Sie könne die Strukturprobleme auflösen, die zuletzt zu einem «permanenten Un-

entschieden» zwischen Bundestag und Bundesrat geführt hätten.

CSU-Chef Stoiber bedauerte in München die «Irritationen», die die kurzfristige Absage seines Wechsels als Bundeswirtschaftsminister nach Berlin ausgelöst habe: «Es tut mir Leid», sagte er. Er werde seine Kräfte nun wieder auf das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten konzentrieren, wolle aber zugleich von München aus zu einem Erfolg der grossen Koalition in Berlin bei-

tragen. Das im September errungene Bundestagsmandat hat er bereits letzte Woche zurückgegeben.

Reformen unzureichend

Der deutschen Wirtschaft gehen die Reformen im Koalitionsvertrag nicht weit genug. Nach Ansicht von Volkswirten reichen die Pläne der grossen Koalition nicht für einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Besserung am Arbeitsmarkt aus. (sda)

Chirac ortet eine Sinnkrise**Frankreichs Regierung will Notstandsrecht verlängern – Krawalle flauen ab**

PARIS – Wegen der anhaltenden Krawalle möchte die Regierung den Ausnahmezustand in Frankreich um drei Monate verlängern. Das Parlament soll die Vorlage heute Dienstag beraten. Derweil flaute die Gewalt in der Nacht zum Montag weiter ab.

Landesweit waren nach einer Bilanz der Polizei 284 Fahrzeuge angezündet worden, 115 Personen wurden vorläufig festgenommen. Damit war es in den Vorstädten deutlich ruhiger als noch eine Nacht zuvor. Der Pariser Polizeichef Pierre Mutz sprach von einem «fast normalen Wochenende».

Am Dienstag soll das Parlament



Präsident Chirac gestern Abend während seiner Fernsehansprache.

über die Verlängerung des Notstandes beraten. Das geltende Notstandsrecht hatte die Regierung vergangene Woche per Dekret für 12 Tage bis zum kommenden Montag verhängt. Ausgangssperren gelten bislang hauptsächlich für Jugendliche in insgesamt 40 Städten.

Massnahmen wie Ausgangssperren, Versammlungsverbote und Verkehrsbeschränkungen, seien «strikt vorübergehend», sagte Präsident Jacques Chirac nach Angaben eines Sprechers. Sie würden «in Absprache mit den Volksvertretern nur dort angewandt, wo sie absolut notwendig» seien.

In seiner ersten Fernsehansprache seit Ausbruch der Unruhen be-

zeichnete Chirac die Krawalle als Ausdruck einer Sinnkrise. «Kinder und Heranwachsende brauchen Werte, Orientierungspunkte», sagte Chirac. Dafür sei die Autorität der Eltern wesentlich.

Familien müssten sich ihrer Verantwortung stellen. Verweigerten sie dies, müssten sie bestraft werden, wie das Gesetz es vorsehe – brauchten sie hingegen Hilfe, müssten sie aktiv unterstützt werden. Chirac kündigte die Gründung eines freiwilligen «Bürgerdienstes» an, den im Jahr 2007 insgesamt 50 000 junge Menschen leisten könnten. Dieser Dienst solle vor allem jungen Leuten mit Problemen beim Übergang ins Berufsleben helfen. (sda)

Auns macht Ernst**Auns-Initiative gegen einen EU-Beitritt**

BERN – Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) meint es ernst mit ihrer Initiative gegen einen EU-Beitritt. Am Montag stellte sie sieben Varianten vor.

«Ein möglicher EU-Beitritt muss endlich aus den Köpfen der Bundesräte verschwinden», sagte Auns-Präsident Pirmin Schwander vor den Medien im Bundeshaus. Eine Initiative könne dieses Leeren der Köpfe bewirken und in der Folge den bilateralen Weg stärken. Ausgearbeitet hat die Auns sieben verschiedene Initiativtexte. Ein Text etwa verlangt, dass das EU-Beitrittsgesuch, das seit 1992 in Brüssel liegt, zurückgezogen

werden soll. Ein anderer will einen EU-Beitritt in der Bundesverfassung ausdrücklich verbieten. Welcher der Vorschläge genommen wird, ist noch nicht entschieden.

Ebenfalls noch unklar ist, ob überhaupt eine Initiative lanciert wird. Die Auns macht ihren Entscheid einerseits vom Europabericht des Bundesrates abhängig. Dieser soll im Sommer 2006 fertig sein. Andererseits wird abgewartet, ob die Motion von Nationalrat Gerold Bührer (FDP) erfolgreich ist. Wie einer der Initiativtexte der Auns will die Motion Bührer, dass der Bundesrat das EU-Beitrittsgesuch zurückzieht. Der Bundesrat beantragt – wie an der EU-Klausurtagung Ende Oktober – die Ablehnung der Motion. (sda)

++++ Zu guter Letzt... +++++**35 000 Mal schneller
als ein moderner PC**

SEATTLE – Mit neuen Superlativen hat sich die Rechenanlage «BlueGene/L» als schnellster Computer der Welt zum dritten Mal in Folge an der Spitze der Weltrangliste «Top 500» behauptet. Die von IBM gemeinsam mit dem US-Ministerium für Nuklearsicherheit konstruierte Anlage hat ihre Leistung innerhalb eines halben Jahres gut verdoppelt und kommt nun auf eine Leistung von 280,6 Teraflops (Billionen Rechenschritten) in der Sekunde. Damit rechnet die Anlage rund 35 000 Mal schneller als ein moderner Personal-Computer. Euro-

pas schnellster Computer «Mare Nostrum» in Barcelona, ebenfalls von IBM, rutschte in der am Montag in Seattle veröffentlichten Liste mit einer Leistung von 27,9 Teraflops vom fünften auf den achten Platz. Die schnellste «BlueGene/L»-Anlage der Welt wird für die Proteinforschung genutzt. Sie dient den Wissenschaftlern aber auch zur Langzeitüberwachung von Materialien, die in Nuklearanlagen eingesetzt werden. Die Plätze zwei und drei belegen mit «BlueGene Watson» und einem weiteren Rechner des US-Ministeriums für Nuklearsicherheit aus der pSeries-Baureihe mit 91,2 und 63,4 Teraflops ebenfalls Anlagen des Technologie-Unternehmens IBM. (AP)

ANZEIGE

VOLKSBLATT

Weitere Infos
www.vb.ch

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen